

Unsere Anträge für die Landtagssitzung September 2019

www.linksfraktionmv.de



Aussprache: Postdienstleistungen sind Daseinsvorsorge – Änderungen des Postgesetzes müssen Qualität der Arbeitsplätze und der Leistung sichern

Postdienstleistungen sind Daseinsvorsorge – Änderungen am Postgesetz müssen Qualität der Arbeitsplätze und der Leistung sichern. Eine weitere Kürzung von Leistungen und schlechtere Arbeitsbedingungen für die Postzusteller*innen lehnen wir ab.

Unterrichtung durch die Landesregierung: Bericht zur Wirksamkeit des Gesetzes zur Einführung eines Leitbildes „Gemeinde der Zukunft“

Ziel der Aussprache ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Kommunalpolitik dieser Koalition. Wenn die Landesregierung erheblichen Reformbedarf bezüglich der kleinteiligen Gemeindestrukturen in unserem Land festgestellt hat, dann muss das Gemeindeleitbildgesetz und seine Umsetzung im Ergebnis als gescheitert charakterisiert werden. Die Zahl der amtsangehörigen Gemeinden reduzierte sich von 713 auf 686. Dafür braucht es keine umfangreiche, aufwendige und kostspielige Gesetzgebung.

Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligentransparenzdokumentation (BeteildokG M-V) beim Landtag

[Drucksache 7/4017](#)

Soll die Meinungsbildung in der Politik transparenter werden? Wir meinen: Ja. Unser Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz legt offen, wer sich wie an der Entstehung von Gesetzen beteiligt hat.

Stilllegung von Bahnstrecken stoppen [Drucksache 7/4019](#)

Jede weitere Stilllegung von Bahnstrecken muss gestoppt werden, bislang wurden in M-V den vergangenen 20 Jahren bereits rund 300 km Bahnstrecken stillgelegt. Einen weiteren Abbau darf es nicht geben, im Gegenteil, die

Verkehrswende braucht die Bahn. Deshalb gilt es vorhandene Infrastruktur unbedingt zu erhalten. Das Regionalbahnangebot ist auszuweiten und durch mehr Züge und gute Verknüpfung mit dem Fernverkehr der DB sowie mit Bus und Rufbus attraktiver zu machen. Je besser das Angebot, je besser wird es auch genutzt werden.

Ohne Bahn wird Südmecklenburg abgehängt. Eine wieder durchgängige Südbahn wäre Bindeglied zwischen den Metropolen Hamburg, Berlin und Stettin.

Prävention und Jugendschutz stärken – Konsum von Cannabis legalisieren und vollständig entkriminalisieren [Drucksache 7/4020](#)

Jahr für Jahr steigt die Zahl der Konsumenten von Cannabis. Das Anliegen der Verbotspolitik, Jugendliche vor Cannabis zu schützen, ist fehlgeschlagen. Mit der kontrollierten Freigabe von Cannabis an Volljährige kann eine bessere Prävention und der Jugendschutz gewährleistet werden. Die staatliche Kontrolle über den Vertrieb, die Qualität, die Zusammensetzung und Menge des THC-Gehalts im Cannabis würde den Schwarzmarkt austrocknen und Konsumenten schützen. Konsumenten mit problematischem Konsum würde durch die Legalisierung der Zugang zu Hilfsangeboten deutlich vereinfacht.

Ein Modellprojekt in Mecklenburg-Vorpommern zur kontrollierten Freigabe wird beweisen, dass die Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis längst überflüssig ist.

Mecklenburg-Vorpommern aktiv für den Klimaschutz [Drucksache 7/4018](#)

Der Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern steckt noch in den Kinderschuhen. Während viele andere Bundesländer mit eigenen Klimaschutzgesetzen, mit verbindlichen Zielen, Vorgaben und Maßnahmen Nägel mit Köpfen machen, versteckt sich die Landesregierung hinter einem unverbindlichen Aktionsplan. Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Klimaschutzgesetz und damit einen Rahmen für den langfristigen Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Mit einem Klimaschutzgesetz gibt es dann verbindliche Mechanismen und Vorgaben für die Erarbeitung, Umsetzung, Überprüfung, Berichterstattung und Fortschreibung der klimapolitisch notwendigen Maßnahmen.

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (RDG M-V) [Drucksache 7/4016](#)

Auch Rettungssanitäter und Arbeitgeber im Rettungswesen wollen Verlässlichkeit für ihre Arbeit. Deshalb will die Linksfraktion das Rettungsgesetz ändern und die Qualität der Arbeit sichern helfen.

Das ist im wahrsten Sinne des Wortes lebens-, ja überlebenswichtig, und auch an dieser Stelle ist ein Spiel auf Zeit keine gute Option.

Dringlichkeitsantrag: Schlechte Mobilfunkversorgung beseitigen – Landtagsbeschlüsse umsetzen

Der Landtag hat sich für eine Verbesserung der Mobilfunkversorgung ausgesprochen. So hat er u.a. klargestellt, dass die Mobilfunkversorgung zur Daseinsvorsorge gehört und die Landesregierung aufgefordert, sich für nationales Roaming einzusetzen und ein landeseigenes Mobilfunkförderprogramm aufzulegen. Passiert ist nicht. Wir machen Druck.